

Rede  
Kiel, 24.01.2002

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## Senkung der Sozialversicherungsbeiträge

Die aktuellen Hiobsbotschaften vom Arbeitsmarkt haben jetzt erneut die wieder notwendige Debatte um eine moderne Arbeitsmarktpolitik in den Landtag gebracht. Im Dezember waren fast wieder die 4 Millionen Menschen in der Bundesrepublik arbeitslos. Das ist im Wahljahr natürlich ein Desaster für einen Kanzler, der versprochen hat an der Senkung der Arbeitslosigkeit gemessen zu werden. Aber es ist ein noch viel grösseres Desaster - oder sollten wir lieber sagen persönliches Schicksal - für die vielen Bürgerinnen und Bürger, die ja die Folgen der Arbeitslosigkeit jeden Tag an sich und ihren Familien spüren können.

Erklärungen für die Misere gibt es viele - und sie sind auch nicht alle falsch: Es sind die negativen Folgen für den deutschen Export durch den wirtschaftlichen Einbruch in den USA oder die Krise am neuen Markt - von den Mobiltelefonfirmen bis zu den Internet-Firmen - , die zu vielen Entlassungen geführt haben. Allerdings haben viele unser Nachbarländer in der Europäischen Union mit den selben Problem zu kämpfen und dennoch weisen sie bessere Arbeitsmarktdaten auf. Zum Beispiel Dänemark, wo die Arbeitslosenquote immer noch bei 5% liegt. Holland, Finnland, Belgien sind andere Beispiele, wo sich die Arbeitslosigkeit trotz der allgemeinen Wirtschaftsflaute auf relativ niedrigen Niveau befindet.

Wir kommen deshalb nicht darum herum, die Ursachen der überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit in den Strukturen auf unseren Arbeitsmarkt zu suchen. Wenn man bei 4 Millionen Arbeitslosen fast 1,2

Millionen offene Stellen hat, muss immer noch etwas ganz Entscheidendes in der Arbeitsmarktpolitik falsch sein. Angebot und Nachfrage passen nicht zusammen.

Wenn sich aber im Wahljahr alle Parteien mit neuen kurzfristigen Lösungsvorschlägen überbieten, ist Vorsicht geboten. Es ist der negative Effekt unserer Mediengesellschaft das Politiker - gleich welcher Couleur - bei einem entstandenen Problem sofort der Öffentlichkeit Lösungen anbieten, aber dabei übersehen sie die bereits vorhandene Bandbreite der Arbeitsmarktmodelle, die insbesondere im Bereich der sogenannten Geringverdienenden den Arbeitslosen in Arbeit helfen sollen. .

Da preisst der Bundeskanzler das sogenannte Mainzer Modell als großen Wurf an, aber es stellt sich heraus, dass Experten bei einer bundesweiten Ausdehnung des Modells nur mit 20.000 bis 30.000 neuen Arbeitsplätzen rechnen.

Dann versucht die CDU-Bundestagsfraktion dies zu überbieten, indem sie 10 Mia. DM für ein ähnliches Modell ausgeben will. Das CDU-Modell hat auch die Schwäche, dass eigentlich nur der Arbeitnehmer durch finanzielle Vorteile motiviert wird; dem Arbeitgeber bietet dieses Modell fast keine finanziellen Anreize, um Arbeitslose in größerer Zahl einzustellen. Schlimm ist aber dabei, dass die CDU ihr Modell durch den Wegfall von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanzieren will.

Dazu kommt dann noch die FDP, der nichts besseres einfällt als die Wiedereinführung der alten 630-DM-Jobs zu fordern, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Auch im Landtag müssen wir uns heute mit einem entsprechenden Antrag beschäftigen.

Alle diese Initiativen kranken aus unserer Sicht daran, dass sie nur an einem System herum-doktern, das von Grund auf geändert werden muss. Denn es ist zwar richtig, dass der Anreiz für die Wirtschaft im Niedriglohnsektor mehr Beschäftigte anzustellen durch die hohen Lohnnebenkosten äußerst gering ist. Doch sehen wir seit Jahrzehnten, dass man dieses Problem durch Sonderregelungen - sei es nun das Mainzer Modell oder wie bei der alten 630 DM-Regelung - nicht wirklich löst, sondern nur neue Probleme schafft.

Da ist der vorliegende Antrag der Grünen von der Intention her schon richtiger. Durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer wollen die Grünen die Lohnnebenkosten für den Niedrig-lohnssektor senken. Leider picken sich die Grünen nur einen sehr kleinen Teil des sogenannten dänischen Modell heraus. Denn das dänische Sozialsystem wird nicht nur durch die Mehrwertsteuer finanziert, sondern gerade auch durch die Lohnsteuer, die viel höher ist als in Deutschland, und durch andere Verbrauchsteuern. Auch

den Vorteil des Sozialsystems haben alle. Deswegen ist auch dieser Vorschlag im Endeffekt nur ein Herumdoktern am System in Deutschland, der dazu führen kann, dass die gute Absicht durch entstehende Schlupflöcher wieder unterlaufen werden kann. Wir halten es für wichtiger im Arbeitsmarkt nicht nur ein Teil der Arbeiterinnen und Arbeitnehmer zu unterstützen.

Wirklich helfen würde nur ein grundlegender Systemwechsel. Also wenn man, wie in Dänemark ganz ein steuerfinanziertes Sozialsystem einführt. Dadurch würden die Lohnnebenkosten erheblich fallen, was der Beschäftigung in allen Sektoren helfen würde. Ein dänischer Arbeiter, der netto das gleiche in der Tasche hat, wie sein deutscher Kollege, ist für seinen Arbeitgeber um bis zu 30% billiger.

Aber aus Sicht des SSW ist die Senkung der Lohnkosten für Geringerverdienende nur ein Beitrag zur Lösung des Problems der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland. Das sehr erfolgreiche Elmshorner Modell der Landesregierung, indem durch aktive Beratung, Qualifizierung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen viele neue Stellen auch im Niedriglohnsektor geschaffen wird, zeigt, dass die Probleme viel vielschichtiger gelagert sind.

SPD-Bundestagsfraktionschef Struck hat es in einem Interview auf dem Punkt gebracht: "Wir haben bei den Arbeitslosen zu wenig auf Qualifizierung gedrängt". Genau das ist der Punkt. Wenn man 1,2 Mio. freie Stellen nicht besetzen kann, dann liegt es vor allem daran, dass viele Arbeitslose nicht über die richtige Ausbildung und Erfahrung verfügen. Im Bereich der Aus- und Weiterbildung der Arbeitslosen und natürlich in der Qualität des gesamten Bildungssystem in Deutschland liegt ein Versäumnis.

Das ab 1.1.2002 geltende JOB-AKTIV-Gesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Mit diesem Gesetz versucht man den Arbeitslosen mit aktiver Hilfe auf den ersten Arbeitsmarkt zu bringen statt sie durch finanzielle Zuwendungen zu pazifizieren. Nur kommt das Gesetz viel zu spät und dazu ist noch ungeklärt, ob die Arbeitsämter genügend Ressourcen für diese Art der aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung gestellt bekommen.

Eins sollte uns allen klar sein: Auch wenn im Laufe dieses Jahres durch den wirtschaftlichen Aufschwung die Arbeitslosenzahlen wieder fallen werden. Um die hohe Sockelarbeitslosigkeit entscheidend abzubauen, brauchen wir einen langen Atem und viele gebündelte Maßnahmen à la Elmshorner Modell. Wir brauchen keine Panikreaktionen vor der Wahl.